

Lebensschützer in Paris:

von Alexandra Maria Linder

„Im Zusammenhang mit der momentanen „Kultur des Todes“ erscheint es uns unabdingbar, zu lernen, wie man sich besser verstehen kann, Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Überlegungen anzustellen“. Als Vorsitzender der Union pour la Vie, einem Zusammenschluß von etwa 20 französischen Lebensschutzorganisationen, äußerte Jean-Paul Guitton als Hauptorganisator des „Deuxième Forum européen pro-vie“ die Hoffnung, durch ein neuerliches Zusammentreffen wichtiger Vereinigungen auf europäischer Ebene die Möglichkeiten der Einflußnahme zu verstärken. Eine erste Konferenz hatte 1998 in Berlin stattgefunden, die durch ihre positiven Ergebnisse zu einer weiteren Veranstaltung animiert hatte.

Aus 25 Staaten und vier Kontinenten waren Vertreter von Lebensrechtsvereinigungen angereist und fanden bei den Benediktinerinnen auf dem Montmartre mitten in Paris nicht nur angenehme Unterkunft und hervorragende französische Küche, sondern auch die ruhige, herzliche und entspannte Atmosphäre eines Klosters, die solchen Treffen sehr zuträglich ist. Um langatmige Einzelreferate zu vermeiden, organisierte man sogenannte „Tables rondes“, in denen die Referenten eine kurze Abhandlung geben konnten, um unmittelbar danach mit den etwa 120 Teilnehmern zu diskutieren.

Viele unterschiedliche Menschen trafen zusammen, die genauso viele unterschiedliche Themenschwerpunkte mitbrachten. Auch auf den ersten Blick nicht unmittelbar mit Lebensschutzthemen zusammenhängende Bereiche kamen zur Sprache, wie Drogen, AIDS und Pornographie. Einen ersten Überblick über die allgemeine Lage des Respektes vor dem Leben in Frankreich gab Michel Berger, eine weitere beeindruckende Betrachtung zum Lebensschutz erfolgte durch Carlo Casini. Dass man auch bei den „klassischen“ Lebensschutz-Themen noch Neues bieten kann, zeigte die Thematik Abtreibung: Brad Mattes aus Cincinnati legt seit Jahren einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf das „Post Abortion Syndrom“ bei Vätern, ein Bereich, der hierzulande noch kaum berücksichtigt wird. Auf die Folgen für die Frauen selbst ging ausführlich Susanne Lux ein, aus deren Diskussionsrunde konkrete Vorschläge für verstärkte europäische Zusammenarbeit erwachsen – wie

Das wichtigste aller Menschenrechte, das Recht auf Leben, wird in Europa nicht mehr respektiert: das Leben der ganz jungen und der sehr alten Menschen ist auf unserem Kontinent nicht mehr sicher.

Das Leben eines kleinen Kindes beginnt lange bevor es geboren wird. Ein neuer, einzigartiger Mensch fängt vom Augenblick der Befruchtung an, im Mutterleib zu wachsen; wenn dieses

tion befinden, zwischen ihrem Leben und dem ihres ungeborenen Kindes wählen zu müssen. Sie müssen über die gesundheitlichen Risiken von Abtreibungen und das Post-Abortion Syndrom aufgeklärt werden.

Bezüglich des Beginns menschlichen Lebens sind die wissenschaftlichen Fakten eindeutig: menschliche Embryonen sind nicht einfache Zellhaufen, sondern lebende menschliche

Die Resolution

menschliche Leben nicht beendet wird, so wird daraus eines Tages ein erwachsener Mann oder eine erwachsene Frau werden. Weltweit werden jährlich Millionen Kinder getötet, fünf Million davon allein in Europa. Abtreibungen beenden Schwangerschaften durch die Zerstörung und Beseitigung des sich entwickelnden Kindes.

Wir halten Abtreibungen für die schlechteste Alternative die sich einer Frau in einem Schwangerschaftskonflikt bietet. Wir halten die pränatale Diagnostik, so wie sie in Europa heute praktiziert wird, für ein Mittel der Selektion von Embryonen, bei der diejenigen, die vielleicht krank oder behindert sein könnten, zum Tode verurteilt werden.

Wir fordern daher die Regierungen Europas auf, Frauen, die sich in einem Schwangerschaftskonflikt befinden, jegliche erdenkliche Hilfe zu bieten, einschließlich Wohnungsangebote, medizinischer Vor- und Nachbetreuung, rechtlicher sowie finanzieller Unterstützung, Informationen zu Adoptionen und vor allem Ratschläge darüber, wie eine Frau Beruf und Privatleben mit einem Kind, gesund oder behindert, vereinbaren kann. Frauen dürfen sich nicht länger in der Situa-

Organismen. Jeder von uns war zu einem früheren Stadium seiner Existenz ein solcher Organismus. Mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle entsteht ein eigenes menschliches Lebewesen, das sich, falls es nicht daran gehindert wird, selbstständig zu einem reiferen Mitglied der Gattung Mensch entwickeln wird. Dieser neue Organismus steuert sein eigenes Wachstum und koordiniert von innen heraus alle seine Kräfte zu seinem Überleben und seiner Reife.

Wir fordern daher, dass Embryonen die gleichen Rechte und der gleiche Respekt zugestanden werden wie jedem anderen Bürger Europas. Sie dürfen nicht verworfen, durch Präimplantationsdiagnostik (PID) genetisch selektiert oder aus wissenschaftlichen Gründen zerstört werden.

Das Klonen von Menschen ist ein Vorgang, bei dem das genetische Material eines Menschen in eine entkernte menschliche oder tierische Eizelle transferiert wird. Durch anschließende Stimulation zur Zellteilung entsteht ein neuer Mensch, der nur ein Elternteil hat und genetisch mit diesem Elternteil identisch ist. Wir betonen, dass dieses Verfahren zur Herstellung von Menschen ethisch verwerflich ist. Wir

Einheit in der Vielfalt

glauben jedoch, dass jedes menschliche Leben zu jedem Stadium seiner biologischen Entwicklung Respekt und Schutz verdient, egal unter welchen Umständen dieses menschliche Leben entstand. Die Biotechnologie, die den Klonvorgang dazu nutzen will, menschliche Embryonen zu produzieren, um diese dann für medizinische Forschungszwecke zu nutzen - und zu töten - muss in Europa verboten werden, so wie dies in vielen Mitgliedsstaaten der Fall ist, und darf auf gar keinen Fall mit europäischen Steuergeldern finanziert werden.

Wir fordern daher ein umfassendes Klonverbot in Europa.

Wenn man ein Recht auf ärztlich assistierten Selbstmord akzeptiert, so würde dies juristisch gesehen die psychische Gesundheit des potentiellen Selbstmörders voraussetzen und damit die notwendige Therapie verhindern. Sollten Selbstmord und Euthanasie verbriefte Rechte werden, so würde die durch zahlreiche Studien und jahrelange Erfahrung belegte These, dass Selbstmordkandidaten verstört sind und psychologische Unterstützung brauchen, ignoriert. Sie würden rechtlich in die Lage versetzt, etwas zu tun, was unwiderruflich ist, und zwar auf Grund einer verzerrten Wahrnehmung ihrer Situation, allein und ohne ernsthafte Hilfe. Selbst denjenigen, die an einer unheilbaren Krankheit leiden, muss psychologische und palliativmedizinische Unterstützung angeboten werden. Wer stattdessen Euthanasie anbietet, übt unerträglichen Druck auf diejenigen aus, die ohnehin schon leiden. Dies könnte schließlich dazu führen, dass sich ein Gesundheitssystem entwickelt, welches aus Kostengründen den Tod eines Patienten seiner Heilung vorzieht.

Wir fordern daher das Europäische Parlament dazu auf, die Euthanasie in Europa zu verbieten und diejenigen Regierungen zu verklagen, die diese bereits in ihrem Land erlaubt haben.

gefährlich der physische Eingriff für eine Frau ist, veranschaulichte Claudia Kaminski. Auch die Problematik der sogenannten „Pille danach“ wurde erörtert, die in Großbritannien an Schülerinnen ausgegeben wird. Sehr interessant, da bisher zum Teil unbekannt, waren die Zustands-Berichte aus Staaten, wie der Schweiz, der Ukraine, Polen, Malta, Ungarn oder Kroatien.

Aus dem Bereich der Euthanasie gab es nur aus den USA (John Willke) einige positive Entwicklungen zu berichten, ansonsten konnte man nur auf Negativbeispiele wie die Niederlande und kürzlich Belgien eingehen, was Bert Dorenbos und Alex van Vuuren veranschaulichten. Auf die zum Teil noch ungeklärten Inhalte der Bioethik-Konvention zielte der Vortrag von Cornelia Kaminski, die unter anderem die unklare und nicht definierte Verwendung der Begriffe „person“ und „human being“ im englischen Originaltext monierte. Bei den aktuellen Themen ragten die erschreckenden Ausführungen von Henri Lafont und Jean-Marie Le Méné besonders hervor, die glasklar und sachlich die zukünftigen Horrorvisionen und bereits bestehende Möglichkeiten in der embryonalen Forschung darstellten.

Erfreulich war die rege Teilnahme von wichtigen Persönlichkeiten aus dem Lebensschutz wie der Gräfin von Westphalen (Vorsitzende von CDL und Stiftung Ja zum Leben) und mehreren Europaabgeordneten (u.a. Elisabeth Montfort) an der Konferenz, die als Ansprechpartner für Fragen zu den Vorgängen in den europäischen Gremien zur Verfügung standen. Wie sinnvoll und notwendig eine bessere Informationspolitik und Zusammenarbeit in Europa ist, wurde sehr lebendig dargestellt von Gudrun Lang, die seit einiger Zeit als Direktorin der European Youth Alliance in Brüssel eine Zentralstelle betreibt und mit ihrer Lobby-Arbeit nicht nur in Europa, sondern auch bei den UN in New York der Lebensschutzbewegung große Dienste leistet. Ein Ergebnis der Konferenz ist es, die Zusammenarbeit weiterhin zu verstärken und die Brüsseler Anlaufstelle auszubauen.

Denn dass vor allem die Jugend in diese Bereiche eingeführt und zur Mithilfe herangeführt werden muß, zeigte der Altersdurchschnitt: neben der European Youth Alliance und einigen Vertretern

anderer Gruppierungen war die Delegation der ALfA mit Abstand die jüngste. Auch was die Art der Diskussionen anging, zeigten sich erhebliche Unterschiede. Während viele sich bemühten, rein sachlich an die Thematiken heranzugehen, nahm bei manchen der Bezug auf geistliche Hintergründe und apokalyptische Visionen überhand.

In Ihrem Schlußwort mahnte denn auch Claudia Kaminski die strikte Trennung von emotionalem, religiösem Hintergrund und klarer, wissenschaftlicher Sachdiskussion an, da nur auf diese Weise in der Öffentlichkeit die von uns beabsichtigte Wirkung erzielt werden könne. Als Ergebnisse des Kongresses nannte Kaminski neben der PAS-Vereinbarung die Schaffung eines wissenschaftlichen Institutes, in dem aus verschiedenen Fachbereichen Experten gewonnen werden sollen, sowie den Aufbau eines europaweiten Nachrichtenverteilers, damit Vereinigungen sich gegenseitig über wichtige Gesetzesänderungen im jeweiligen Staat und Termine informieren können. Erfreut zeigte sich die Organisation des Kongresses, an der auf deutscher Seite vor allem Walter Schrader, Vorsitzender von KALEB (Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig bewahren e.V.), beteiligt war, über die vielen wertvollen Kontakte einzelner Teilnehmer untereinander und die einmütige Übereinkunft, in spätestens zwei Jahren ein weiteres Treffen zu organisieren. Erstes konkretes Ergebnis der diesjährigen Konferenz ist die Verabschiedung einer Resolution.



Alexandra Maria Linder, M.A., 1966 in Kärnten geboren, ist freiberuflich als Übersetzerin und Lektorin tätig. Als Mitglied im Bundesvorstand der ALfA hat sie mehrfach an Kongressen und Tagungen teilgenommen. Alexandra Maria Linder ist verheiratet und hat zwei Kinder; sie lebt mit ihrer Familie im Sauerland.